

Leitlinien 2008



**Diesmal die Freien,
nicht die Parteien!**

Die München – Themen

Wohnen

Verkehr

Soziales

Wirtschaft

Umwelt

Bildung

Sicherheit

 Ihre Stimme im Stadtrat:
Liste **Freie Wähler München**

www.freie-waehler-muenchen.de

Sehr geehrte Münchnerinnen und Münchner!

Auf den nachfolgenden Seiten der „Leitlinien 2008“ möchten wir Ihnen die Schwerpunktthemen unserer Politik für München ausführlich vorstellen. Damit im Rathaus **Freie Wähler** diese Politik gestalten können, geben Sie bitte am 2. März 2008 bei der Stadtratswahl der Liste „Freie Wähler München e. V.“ Ihre Stimme!

Michael Piazzolo
OB-Kandidat für München

Mein politisches Leitbild: „Die Interessen der Menschen, nicht die der Parteien oder Unternehmen müssen im Zentrum aller Politik stehen!“



Prof. Dr. Michael Piazzolo
Stadtvorsitzender München und
stellvertretender Landesvorsitzender
der Freien Wähler Bayern

Meine Politik für München: „Bürgernahe und verständliche Politik für uns Münchnerinnen und Münchner!“



Johann Altmann
Stadtrat der Freien Wähler in der
Landeshauptstadt München

Inhalt

Die Freien Wähler München	4
bürgernah – sachbezogen – unabhängig	
Wohnen in München	6
bezahlbar – familienfreundlich – ökologisch	
Verkehrskonzepte für München.....	8
sicher – sinnvoll – synergetisch	
Soziale Politik in München.....	10
stark – für die Schwächsten	
München als Standort für die Wirtschaft... 	12
Wirtschaftskraft – für alle in München	
Umweltpolitik in München	14
Zukunftswende – gesund und lebenswert	
Bildungspolitik für München.....	16
zukunftsfähig – gerecht – allen zugänglich	
Sicherheit in München.....	18
sicher – für höchste Lebensqualität	
Impressum und Kontaktinformation.....	20

Die Freien Wähler München



bürgernah – sachbezogen – unabhängig

Immer mehr Menschen in Deutschland empfinden einen wachsenden Unmut gegenüber der Politik im Allgemeinen und Politikern im Besonderen. Das Schlagwort der „Politikverdrossenheit“ ist allgegenwärtig. Gemeint ist damit allerdings meist: „Parteiverdrossenheit“. Aus dem Eindruck, dass Politik über die Köpfe der Wählerschaft hinweg in Hinterzimmern „ausgekungelt“ wird, entsteht ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber den „Regierenden“. Hinzu gesellt sich eine oft nicht unbegrün-

dete Befürchtung, dass viele Politiker statt Verantwortung für eine vernünftige Sachpolitik zu übernehmen, sich in Arbeitskreisen und hinter runden Tischen verstecken. In der Folge verschwindet die Demokratie zunehmend in undurchsichtigen Expertenkommissionen.

Als eine echte demokratische Alternative dazu verstehen sich die Freien Wähler: Wir sind nicht den Strukturen und Zwängen der sogenannten etablierten Parteien ausgeliefert. Vielmehr handeln wir verantwortlich als

engagierte Bürgerinnen und Bürger – für die Menschen in München und in Bayern!

Statt politische wie gesellschaftliche Verantwortung auf andere abzuschieben, stellen wir uns den hohen Herausforderungen unserer Zeit und lassen uns gern an den Ergebnissen messen: Die große Anzahl parteiunabhängiger Mandatsträger auf kommunaler Ebene gibt unserem Konzept recht.

Aus unserer Sicht, darf es keine Unterscheidung zwischen Entscheidung und Verantwortung geben. Dies gelingt nur, indem mehr Öffentlichkeit herrscht, indem die Wählerinnen und Wähler echte Kontroll- und Mitbestimmungsmöglichkeiten haben – und das nicht nur alle paar Jahre bei Wahlen!

Voraussetzung ist, dass die Menschen unseres Landes selbst wieder aktiv Politik gestalten. Mit den Freien Wählern ist dies ohne schwerfälligen Parteiapparat und Hierarchieleitern möglich.

Wir stehen deshalb für:

- die Stärkung der Persönlichkeitswahl auf allen politischen Ebenen
- eine Vergabe von Aufgaben und Mandaten nach Qualifikation, nicht nach Proporz, Region und Parteibuch
- eine kontinuierliche Bürgernähe und Politik vor Ort
- die echte Beteiligungsdemokratie mit einer Stärkung der Mitentscheidung gerade während der Legislaturperioden
- mehr zuhören, weniger selbst reden und dann sachorientiert handeln
- eine transparente Sachpolitik ohne Parteibuch und Ideologien
- Beschränkung der Amtszeit des OB auf zwei Wahlperioden (12 Jahre) und für Stadträte auf drei Legislaturperioden (18 Jahre) ■

**Die Freien Wähler sind keine Partei,
sondern ein Verein engagierter
Münchner Bürgerinnen und Bürger**



bezahlbar – familienfreundlich – ökologisch

München ist eine der wenigen Städte, in der die Nachfrage nach Wohnraum nicht zu angemessenen Preisen befriedigt werden kann. Die Probleme sind zum Großteil hausgemacht. Von den bisher regierenden Mehrheiten werden kaum Gegenmaßnahmen durch gezielte Stadtentwicklung und öffentlichen Wohnungsbau – vornehmste Aufgaben einer verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Stadtpolitik – ergriffen. Statt dessen wird die angespannte Lage am Wohnungsmarkt seit Jahren nur verwaltet, aber nicht gelöst.

Inzwischen hat die katastrophale Wohnungssituation dazu geführt, dass besonders Familien die Stadt verlassen, um auf dem Lande finanzierbaren und familienfreundlichen Wohnraum zu finden – mit u. a. negativen Auswirkungen durch weiter steigenden Pendlerverkehr.

Diese Entwicklung ist für eine der reichsten Städte Deutschlands mit einem überdurchschnittlich hohen Wirtschaftswachstum und außerordentlichem Lebensstandard in weiten Teilen der Bevölkerung ein wahres Armutszeugnis.

Die Freien Wähler München sehen es daher als eine der dringlichsten Aufgaben der Stadtpolitik, wieder mehr bezahlbaren, lebenswerten und ökologisch ausgerichteten Wohnraum zu schaffen.

Eine Trendwende in der Wohnungsbaupolitik ist überfällig. Die Stadt München hat hier eine besondere Verantwortung und Vorreiterrolle: Als größter Anbieter von Bauland nimmt sie eine marktbeherrschende Stellung ein und kann über den Verkaufspreis den Markt maßgeblich beeinflussen. Die Stadt kann und muss daher mehr Grundstücke zur Verfügung stellen. Und dies zu einem Preis, der insbesondere für junge Münchner Familien bezahlbaren Wohnraum ermöglicht,

Die Forderungen der Freien Wähler richten sich jedoch nicht nur an die Stadt, sondern auch an Bund und Land: In Ballungsräumen, in denen Wohnungsnot herrscht, müssen zumindest die investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen aus der Mitte

der 90er Jahre wieder hergestellt werden. Der Oberbürgermeister einer Großstadt wie München kann dazu über die entsprechenden Gremien und Instrumente – Stadtag, Eingabe an Bund- und Landesparlamente – einen wesentlichen Beitrag leisten.

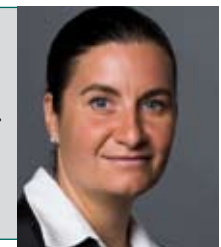
Wir fordern daher:

- ein kommunales Sofortprogramm zum Wohnungsbau, z. B. durch Förderung von Genossenschaften
- den Bau familienfreundlicher, senioren- und behindertengerechter sowie ökologisch zukunftsfähiger Wohnungen
- die Rückführung und Stabilisierung von Mieten auf ein bezahlbares Niveau
- flexiblere Förderung des sog. „München Modell“ für Mieter und Eigentümer
- Lärmschutzkonzepte statt Sozialwohnungen als „bewohnter Lärmschutz“, wie etwa in Riem oder am Mittleren Ring praktiziert ■



Dr. Ulrich Höhnberg

Münchens Zukunft: „Attraktiver, familienfreundlicher und für alle Schichten bezahlbarer Wohnraum in lebendigen Stadtvierteln“



Nadine Karsch



Verkehrskonzepte für München

sicher – sinnvoll – synergetisch

München ist als Großstadt ein Verkehrsballungsraum. Täglich kommen rund eine halbe Million Kraftfahrzeuge nach München. Hunderttausende nutzen die öffentlichen Verkehrsmittel. Ein dringliches Ziel kommunaler Verkehrspolitik muss daher sein, einen flüssigen Individualverkehr zu ermöglichen sowie sichere, pünktliche und bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel bereitzustellen. Dabei gilt es immer, Leben und Gesundheit aller Verkehrsteilnehmer zu schützen sowie volkswirtschaftliche Schäden zu minimieren oder zu vermeiden.

Die Infrastrukturmaßnahmen, Verkehrsplanungen und die Maßnahmen zur Verkehrsüberwachung erfüllen in München diese Forderungen jedoch nur unzureichend: Pendler, Gäste und besonders die Stadtbewohner erleben als Dauerzustand häufig völlig verstopfte Straßen mit künstlichen Hindernissen statt Verkehrsfluss auf den Hauptverkehrsstraßen. Beim ÖPNV kann besonders das S-Bahnnetz trotz mehrfacher Optimierung den Anforderungen des täglichen Berufsverkehrs nicht gerecht werden. Verspätungen sind an der Tagesordnung.

Deshalb fordern wir:

- Abbau von Verkehrsschikanen
- Lieferzonen für den Wirtschaftsverkehr zu den Hauptverkehrszeiten
- Abstimmung der Verkehrsplanung mit dem Umland
- Ausbau des Lärmschutzes, insbesondere am Mittleren Ring und der S-Bahn-Stammstrecke
- Fertigstellung des äußeren Autobahnringes („Südring“)
- Optimierung des Verkehrsflusses am Mittleren Ring:
 - Beschleunigung der Tunnelprojekte,
 - Weiterführung von Tunnelplanungen, z.B. im Anschlussbereich der Salzburger Autobahn,
 - keine Tram- und Busbeschleunigung bei Querungen,
 - Ausbau der Bahnunterführungen für den Schwerlastverkehr
- Tempo-30 in Wohngebieten

- gezielte Maßnahmen zur Verkehrsbeschleunigung, z.B. durch mehr „Grüne Pfeile“, intelligentere Ampelschaltung („Grüne Welle“), mehr Linksabbiegespuren

- Bau von Anwohnergaragen unter öffentlichen Plätzen

Speziell im ÖPNV fordern wir:

- Pflege und Ausbau der S-Bahn durch Modernisierung des Streckennetzes, der Signaltechnik und der Zuggarnituren sowie generell den 10-Minuten-Takt
- eine zweite S-Bahn Stammstrecke
- Express-S-Bahn zum Flughafen statt Transrapid
- weiteren Ausbau der U-Bahn, besonders nach Pasing und Engelschalking
- Übersichtlichere Tarife
- mehr P+R Möglichkeiten, Abschaffung der Parkgebühren für MVV-Nutzer ■



Prof. Dr. Michael Piazzolo

Münchens Zukunft: „Ein für alle attraktiver, wirtschaftlicher und bezahlbarer Nahverkehr ohne den Individualverkehr zu behindern“



Stadtrat Johann Altmann

Soziale Politik für München

stark – für die Schwächsten

München ist eine reiche und wohlhabende Stadt. Trotzdem leben in München etwa 175.000 Menschen in Armut. Fremden und Zugezogenen gegenüber zeigt sich München oft unpersönlich.

In München gibt es rund 790.000 Haushalte, aber nur noch in knapp 124.000 leben Kinder – bei Verwaltung und Wirtschaft haben Familien kaum eine Lobby. Gerade ihre Belange müssen dringend einen höheren Wert bekommen, damit München keine gesichtslose Bürostadt wird.

München zählt zudem etwa

300.000 Senioren. Davon sind mehr als 50.000 bereits über 80 Jahre alt. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen müssen stärker genutzt und ihre Bedürfnisse bei der Stadtentwicklung berücksichtigt werden. Das Gegenteil ist jedoch oft der Fall. Ältere Mitmenschen sind sich selbst überlassen oder werden ins Heim „abgeschoben“.

Schließlich müssen auch die dauerhaft oder für einen längeren Zeitraum in München lebenden Ausländer – immerhin fast ein Viertel der Stadtbevölkerung – viel besser integriert werden; d. h. ihnen

eine gleichberechtigte Teilhabe bei Erhalt der kulturellen Identität zu ermöglichen. Dies muss immer ein gegenseitiger Prozess sein.

Die Freien Wähler München setzen sich daher für ein weltoffenes und sozial verantwortliches Miteinander in München ein. Besonders sozial Schwächere dürfen nicht zunehmend vernachlässigt werden. Zentrales Ziel ist Gerechtigkeit. Dies ist für uns mehr als nur die gleiche Verteilung von Rechten und Pflichten. Sie ist an Tradition und Werte orientiert, die die Gesellschaft als Ganzes verpflichtend annimmt:

1. Verantwortung
2. Leistungsgerechtigkeit
3. Solidarität

Wir fordern daher dringlich:

- Erleichterung der Koordination von Familie und Berufsleben, z. B. durch mehr Ganztageschulen und Betreuungsangebote
- drastische und schnellere Erhöhung der Versorgung mit Kinderkrippen, Kin-

dertagesstättenplätzen, Kindergärten und Horten

- Ausreichendes Personal für Kinder- und Jugendeinrichtungen zur Gewährleistung einer qualifizierten pädagogischen Arbeit
- Sicherstellung der Ausbildungsfähigkeit von Schülern; zielgerichteter Ausbau schulischer Infrastruktur
- für ältere Menschen ein integriertes und würdiges Leben in ihrer häuslichen Umgebung
- Ausbau der Handlungsfreiheit und Kompetenzen von Stadtrat und Bezirksausschüssen, so dass diese wieder Mittelpunkt des politischen Lebens sind
- moderne Dienstleistungen und Bürgerservice
- Abbau von struktureller Diskriminierung: Entwicklung eines besonderen Münchner Integrationsplanes ■



Michail Paloglou

Münchens Zukunft: „Mehr soziale Wärme und Gerechtigkeit für eine lebenswerte und zukunftsfähige Metropole“



Reinhold Herbert

München als Standort für die Wirtschaft



Wirtschaftskraft – für alle in München

München hat als Stadt und Ballungsraum in den letzten Jahren eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung hinter sich, hat als Medien-Metropole, High-Tech-Industriestandort, Wissenschafts- und Forschungszentrum und als Messestadt weltweit einen Namen.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger spüren von diesem „Reichtum“ jedoch immer weniger. Im Gegenteil: Die finanziellen Belastungen besonders der privaten Haushalte nehmen laufend zu und sind für manche kaum noch tragbar.

München ist inzwischen die teuerste Stadt Deutschlands und schließt zumindest im Preisniveau mehr und mehr zu Weltmetropolen wie London, New York, Paris oder Tokio auf. Das muss sich ändern!

Und die Stadt selbst hat einen wesentlichen Anteil an dieser Kostenspirale: Eine Erhöhung städtischer Gebühren folgt der anderen. Wasser, Gas, Strom, Müllabfuhr und ÖPNV – alles ist unverhältnismäßig teuer geworden.

Dieser Trend muss umgekehrt werden. Leitlinie der Kommu-

nalpolitik der Freien Wähler ist, München für die Münchnerinnen und Münchner wieder finanzierbar zu machen.

München kann in vielen Bereichen eine Spitzenposition einnehmen. Aber nicht auf Kosten der Menschen, die sich immer weniger durch markt- und kostengerechtes Verhalten der Spirale der öffentlich verordneten oder durch Quasi-Monopole vorgezeichneten Preissteigerungen entziehen können.

Wir fordern daher:

- Die Gebührenschaube der Stadt muss generell zurückgedreht werden
- Keine weitere Erhöhung der Tarife im ÖPNV in den nächsten Jahren
- Ausbau des Regionalverbundes
- eine stärkere Belebung des regionalen Wirtschaftsraums
- mehr Ansiedelung kleinerer und mittlerer Betriebe im

Münchner Stadtkern

- Absenkung der Gewerbesteuerumlage
- Besonders bei den Stadtwerken:
 - Rückzug und Konzentration auf das Kerngeschäft – keine hochriskanten Investments in z.B. die Erschließung eigener Rohstoffvorkommen
 - Weg von der Fremdfinanzierung Dritter und der Quersubvention von sachfremden Haushaltsposten, d. h. keine Beteiligung an völlig sachfremden Bereichen wie z. B. dem Stachus-Untergeschoß oder dem Olympiapark
 - keine Entscheidungen der Stadtspitze am Stadtrat vorbei
 - Reduzierung der Preise (Strom, Gas) auf Marktniveau, d. h. kundengerechte und sozial verträgliche Preise statt Monopolpreise ■



Dr. Ulrich Höhnberg

Münchens Zukunft: „Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht nur erhalten, sondern ausbauen und alle daran teilhaben lassen.“



Marion Kaminski



Zukunftswende - gesund und lebenswert

München ist als Großstadt ein pulsierender Ort, an dem sich Lärm-, Luft- und Wasserbelastungen nicht immer und überall völlig vermeiden lassen.

Kinder und ältere Menschen leiden jedoch besonders unter diesen Belastungen. Besorgniserregend ist gerade hier die Zunahme umweltbedingter Krankheiten wie Belastungskopfschmerz, Allergien oder Streßsymptome. Es ist daher unbedingt erforderlich, dass München für die Gesundheit seiner Bevölkerung als höchstes Gut größtmögliche Vorsorge trifft.

Nicht nur bedingt durch die aktuelle Klimadebatte ist hinsichtlich der Energieversorgung und des Verbrauchs nicht regenerativer Energieträger dringend eine Wende notwendig. Die Belastungen daraus dürfen jedoch nicht einseitig auf Kosten der Einzelhaushalte und Verbraucher anfallen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und hier ist gerade eine Metropole wie München besonders gefordert, dass eine verlässliche und nachhaltige Energieversorgung nicht zum Luxusgut wird. Mit den Stadtwerken (SWM) hat München ein wirksames Instrument in

der eigenen Hand nicht nur wirksame Akzente in Richtung Energiewende zu setzen, sondern dies auch sozialverträglich umzusetzen.

Die Zielrichtung in der Umweltpolitik muss demzufolge auch nicht maximale Gewinn-Orientierung bei einseitiger Belastungsverteilung sein, sondern die Schaffung optimaler und ideologiefreier Rahmenparameter für lokal optimale Lösungen. Denn es ist besser Anreize zu bieten, als vermeintlich falsches Verhalten zu bestrafen. Dort, wo derzeit nicht anders möglich, ist durch sinnvolle und immer wieder kritischer Prüfung der Vorgaben maßvoll lenkend einzugreifen.

Wir fordern daher:

- die Gesundheit der Bürger hat vor der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen zu stehen
- konsequenter Ausbau einer durchsetzungsstarken Lebensmittelüberwachung

➤ Ausbau und Unterstützung umweltschonender Fortbewegungsmöglichkeiten

➤ keine unbedachte Förderung neuer Technologien nach dem Gieskannenprinzip

➤ frühzeitige Information von Anwohnern vor der Installation neuer Mobilfunkmasten und größtmöglicher Schutz vor Mobilfunkstrahlung bei kontinuierlichem Druck zur Optimierung der Technik; wo immer möglich Abbau von veralteten oder überflüssigen Antennen

➤ besondere Schutzmaßnahmen vor Umweltbelastungen in der Umgebung von öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Seniorenheimen oder Krankenhäusern.

➤ Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohner, insbesondere am Mittleren Ring, wo keine Tunnel gebaut werden, und an der S-Bahn-Stammstrecke ■



Christine Willnhammer

Münchens Zukunft: „Eine Vorreiterrolle im öffentlichen Sektor und soziale Ausgestaltung bei der unabdingbaren Energiewende.“



Michael Knoblach



Bildungspolitik für München

zukunfts-fähig – gerecht – allen zugänglich

Bildung und Ausbildung ist der entscheidende Faktor für die heutige und künftige Entwicklung unseres Landes. Dennoch wird immer noch die Bildungspolitik auf vielen Ebenen – inhaltlich, strukturell, materiell und personell – erheblich vernachlässigt.

Die Folgen: Die Schulzeit ist zunehmend geprägt durch künstlichen Erfolgs-, Zeit- und Leistungsdruck sowie ungerechte Ausleseverfahren. Eine sozial gerechte und individuelle Förderung, Ausbildung und Erziehung junger Menschen ist längst nicht mehr gewährleistet. Auch die

Eltern, denen hauptsächlich der Erziehungsauftrag zukommen sollte, können diese Ausbildungsmängel im ersten Bildungssektor häufig nicht mehr ohne Zusatzaufwand – zeitlich wie finanziell – auffangen. Die stetig steigende Anzahl von Schülern, die ohne permanenten Nachhilfeunterricht nicht zurecht kommen, ist nur eine Auswirkung verfehlter Bildungspolitik.

München als Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungsstadt darf diesen Unterstützungsbedarf nicht ignorieren, sondern muss wo immer nötig geeignete und kostenneutrale Angebote erbringen.

trale Angebote erbringen.

Gerade an Schulen in sozial schwächeren Stadtvierteln wirken sich diese Mängel verstärkt aus. Die Situation an vielen Haupt- und Berufsschulen hat nahezu katastrophale Ausmaße erreicht: Die Erfahrung vieler Schüler nicht gebraucht und von der Berufswelt nicht gewollt zu werden, wirkt sich direkt auf die Lernmotivation und das allgemeine soziale Verhalten aus. Die Diskrepanz zwischen der schulischen Ausbildung und den Anforderungen, die von Unternehmerseite gestellt werden, trägt verschärfend dazu bei.

Wichtig ist es daher, besonders diesen Jugendlichen frühzeitig Brücken zwischen der Schule und dem Berufsumfeld zu bauen, Ihnen durch gezielte Maßnahmen die Anforderungen näher zu bringen und Wege ins Berufsleben zu zeigen. Weil Bildung mit dem Ende der Schulzeit nicht aufhören kann und darf, müssen parallel zur schulischen Ausbildung die

städtischen Bildungsangebote wie Bibliotheken und Volkshochschulen erhalten und ausgebaut werden.

Wir fordern daher:

- Ganztagschulen mit ausschließlich pädagogisch geschultem Personal – keine „Hilfslehrer“
- kostenneutrale Mittagsbetreuung mit hochwertigem Essensangebot und Aufenthaltsmöglichkeiten
- kleinere Klassengrößen mit maximal 25 Schülern
- deutlich mehr Lehr- und Betreuungspersonal
- Vorschule für alle Kinder ohne Kosten für die Eltern
- die Förderung erweiterter Angebote für den Übergang Schule-Beruf, z. B. Bewerbungstraining
- Ausbau der Stadtteilbibliotheken statt Schließung
- keine Studiengebühren fürs Erststudium ■



Gerhard Losher

Münchens Zukunft: „Gleiche Bildungschancen für alle, Ausbau der Schulen und Bildungseinrichtungen, sowie Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes.“



Nadine Karsch



Sicherheit in München

sicher – für höchste Lebensqualität

München gilt als eine der sichersten Großstädte weltweit, dennoch werden auch hier jährlich über 100.000 Straftaten begangen. Besorgniserregend ist hierbei vor allem die steigende Tendenz im Bereich der Gewaltkriminalität insbesondere von jungen Menschen.

Von der Polizei kann dieses Problem nicht alleine gelöst werden, hier sind alle gesellschaftlichen Kräfte aufgerufen, gemeinsam negativen Entwicklungen wirkungsvoll entgegenzutreten. Ziel der Politik zur Erhöhung der Inneren Sicherheit muss es dabei

sein, den Inneren Frieden zu wahren und das Sicherheitsbedürfnis des einzelnen Bürgers zu erhöhen, aber ohne durch überzogene Instrumente einen Generalverdacht aufzubauen. Alle Bürger müssen das Sicherheitsempfinden haben, sich weiterhin zu jeder Zeit an jedem Ort frei bewegen zu können.

Die Zivilcourage eines jeden muss mehr gefördert werden, um besonders Kriminalität bereits im Ansatz zu vermeiden. Hierzu ist eine Vorbildfunktion des Einzelnen, vor allem aber der in der Öffentlichkeit Stehenden gefordert.

Stimmungsmache gegen Ausländer oder Minderheiten lehnen wir mit äußerster Entschiedenheit ab. Wo allerdings Missstände nachweisbar festzustellen sind, ist eine konsequentere Ausnutzung des gesetzlichen Strafrahmens nicht nur zu fordern, sondern auch anzuwenden.

Wir fordern daher:

- Opferschutz steht uneingeschränkt vor Täterschutz
- Neugliederung der prozentualen Sozialwohnungsvergabe gegen Ghattobildung
- Unterbindung von Szenebildung im Drogen- und Alkoholbereich
- Erhöhung des städtischen Sicherheitsdienstes im U-Bahnbereich, um Tötlichkeiten und Vandalismus einzudämmen.
- helle, offene Gestaltung und Beleuchtung für öffentliche Plätze, Gebäude und Straßen
- Beibehaltung der Video-

überwachung öffentlicher Räume, wie z. B. Bahnhofplatz, Stachus, Orleansplatz, Marienplatz sowie punktuell bei Großveranstaltungen, wie z. B. dem Oktoberfest oder Bundesliga-Fußballspielen

- Stärkere Unterstützung der ehrenamtlichen Sicherheitsberaterinnen und -berater des Münchner Seniorenbeirates
- Erhöhung des Stellschlüssels bei den städtischen Gaststätten- und Lebensmittelkontrolleuren
- Möglichkeit der schnelleren Abschiebung von rechtskräftig verurteilten ausländischen Gewaltstraftätern.
- Verlagerung von internationalen Politik-Großveranstaltungen, wie z. B. die alljährliche Sicherheitskonferenz oder von G8-Treffen, aus dem Zentrum der Landeshauptstadt München ■



Michael Knoblach

Münchens Zukunft: „Jeder Einzelne und die Gesellschaft als Ganzes sind gefordert die hohe Lebensqualität zu erhalten und kontinuierlich weiter zu verbessern!“



Stadtrat Johann Altmann



*Stadtratskandidatinnen und -kandidaten der Freien Wähler München (von links nach rechts mit Nummer der Platzierung auf der Stadtratsliste der Freien Wähler München):
Michael Knoblach (4), Michail Paloglou (7), Gerhard Loshner (8), Christine Willnhammer (9),
Dr. Michael Piazolo (1), Nadine Karsch (3), Dr. Ulrich Höhnberg (10), Johann Altmann (2)*

Impressum

Herausgeber

Freie Wähler München e.V.
c/o Prof. Dr. Michael Piazolo
Pognerstraße 21 – 81379 München
vorsitzender@freie-waehler-muenchen.de
Telefon: 089 / 43 73 91 85 – Fax: 089 / 43 73 92 11

Redaktion

Freie Wähler München
Gestaltung & Konzept: Michael Knoblach, Alexander Wißnet
Porträt-Fotografie: Pohlfoto.de ; sonstige Fotos: Knoblach/Wißnet

Weitere Informationen

Internet: www.freie-waehler-muenchen.de
Mail: kontakt@freie-waehler-muenchen.de

© Freie Wähler München e. V.: Herausgabe und Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung